

## Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Änderungen der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte

Die Fachbegriffe	<b>4</b>
Das Wichtigste in Kürze	<b>5</b>
Die Ausgangslage	<b>6</b>
Die Stellvertretungsregelung	<b>8</b>
Die Änderungen im Wortlaut	<b>10</b>
Das sagt der Stadtrat	<b>11</b>
Antrag und Abstimmungsfrage	<b>12</b>

Entwurf

## Die Fachbegriffe

### **Motion**

Eine Motion beauftragt den Gemeinderat, dem Stadtrat ein Reglement zu unterbreiten oder eine andere Massnahme im Zuständigkeitsbereich des Stadtrats zu treffen. Das Motionsrecht steht zwar jedem Stadratsmitglied zu. Der Auftrag an den Gemeinderat wird aber erst verbindlich mit der Überweisung der Motion durch eine Stadratsmehrheit (sog. Erheblicherklärung).

Entwurf

# Das Wichtigste in Kürze

**Die Mitglieder des Stadtrats sollen sich künftig bei längerer Verhinderung vertreten lassen können. Das sieht eine neue Regelung vor. Eine Stellvertretung muss mindestens drei und darf höchstens sechs Monate dauern. Der Grund der Verhinderung muss nicht angegeben werden. Zur Bestimmung der stellvertretenden Person gelten die gleichen Regeln wie beim Nachrücken.**

Die Mitglieder des Berner Stadtparlaments (Stadtrat) sollen sich künftig bei längerfristiger Verhinderung vertreten lassen können. Bisher besteht diese Möglichkeit nicht. In der Schweiz kennen bereits mehrere Kantone und Gemeinden eine Stellvertretungsregelung für ihre Parlamente oder wollen eine solche einführen. Ziel ist es, die Vereinbarkeit eines Parlamentsmandats mit Familie und Beruf zu verbessern.

## **Dauer: drei bis sechs Monate**

Die vorgeschlagene Regelung für den Berner Stadtrat sieht vor, dass eine Stellvertretung mindestens drei und höchstens sechs Monate dauert. Kürzere Stellvertretungen sind nicht vorgesehen. Bei einer Mindestdauer von drei Monaten ist anzunehmen, dass sich die stellvertretende Person das notwendige Wissen erwerben kann. Ein Mitglied des Stadtrats kann sich auch mehrmals vertreten lassen, allerdings insgesamt höchstens zwölf Monate pro vierjährige Amtsperiode.

## **Angabe von Grund nicht notwendig**

Der Grund einer Verhinderung muss nicht angegeben werden. Die Regelung verzichtet darauf, die Möglichkeit einer Stellvertretung auf bestimmte Gründe – beispielsweise Mutterschaft oder Weiterbildung – zu beschränken. Es soll nicht festgelegt werden, welche Verhinderungsgründe gerechtfertigt sind und welche nicht.

## **Verfahren wie beim Nachrücken**

Wer eine Stellvertretung übernimmt, wird nach den gleichen Regeln bestimmt wie beim Nachrücken bei einem Rücktritt. Das heisst, als Stellvertretung kommen Personen in Frage, die bei den letzten Wahlen angetreten sind, aber für ein Mandat nicht genügend Stimmen erhalten haben. Verzichtet eine Person darauf, eine Stellvertretung zu übernehmen, ist dieser Entscheid endgültig. Die Möglichkeit, in den Stadtrat nachzurücken, bleibt jedoch bestehen. Stellvertretende Personen haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Ratsmitglieder, dürfen aber nicht in Kommissionen Einsitz nehmen.

## **Zwei Motionen**

Die Einführung einer Regelung zur Stellvertretung entspricht einem Bedürfnis des Stadtrats. Im Jahr 2022 erklärte er zwei entsprechende Motionen erheblich und beauftragte somit den Gemeinderat mit der Erarbeitung einer Vorlage.

## **Abstimmung über Rechtsänderungen**

Zur Einführung der Stellvertretungsregelung sind Anpassungen in der Gemeindeordnung der Stadt Bern und im städtischen Reglement über die politischen Rechte notwendig. Änderungen dieser Erlassertexte müssen den Stimmberechtigten der Stadt Bern vorgelegt werden. Wird die Vorlage angenommen, soll die neue Regelung per 1. Januar 2025 in Kraft treten.



## **Abstimmungsempfehlung des Stadtrats**

Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, die Vorlage anzunehmen.

# Die Ausgangslage

**Mitglieder des Stadtparlaments – des Stadtrats – können sich an Parlamentssitzungen nicht vertreten lassen. Der Stadtrat verlangt deshalb die Einführung einer Regelung, die Vertretungen ermöglicht. Damit soll die Vereinbarkeit eines Stadtratsmandats mit Familie und Beruf verbessert werden.**

In der Stadt Bern gibt es ein Stadtparlament (Stadtrat) mit achtzig Mitgliedern. Zu den Aufgaben des Stadtrats gehört es, städtisches Recht zu setzen oder über Ausgaben der Stadt Bern zu befinden. Auch beaufsichtigt der Stadtrat die Stadtregierung (Gemeinderat) und die Stadtverwaltung. Die Mitglieder des Stadtrats werden jeweils für eine Amtsperiode von vier Jahren von den Stimmberechtigten der Stadt Bern gewählt. Die nächsten Wahlen finden im November 2024 statt.

## **Absenzen unvermeidbar**

Grundsätzlich ist der Wille der Stimmberechtigten am Besten abgebildet, wenn die Mitglieder des Stadtrats an den Sitzungen vollzählig anwesend sind. Dies ist in der Realität allerdings selten der Fall. Absenzen lassen sich nicht vermeiden. Die Möglichkeit, dass sich Mitglieder an Stadtratssitzungen vertreten lassen, besteht nicht.

## **Regelung für Stellvertretungen gefordert**

In den Jahren 2016 und 2020 wurden im Stadtrat zwei Motionen (siehe Fachbegriffe) eingereicht, die eine Regelung für Stellvertretungen im Stadtrat fordern. Eine solche Regelung soll

dazu beitragen, die Präsenz an den Sitzungen zu erhöhen und die Zahl der Austritte während einer Amtsperiode zu senken. Generell soll die Vereinbarkeit eines Stadtratsmandats mit Familie und Beruf verbessert werden. Im Jahr 2022 erklärte der Stadtrat die Motionen erheblich und beauftragte somit den Gemeinderat mit der Erarbeitung einer Stellvertretungsregelung.

## **Motion aus dem Jahr 2016**

Die Motion aus dem Jahr 2016 schlägt ein System mit ständigen Stellvertretungen vor, die auch bei kurzzeitigen Absenzen eingesetzt werden können. Eingereicht wurde die Motion von Mitgliedern aus den Fraktionen AL/GPB-DA/PdA+ und GLP. Sie wurde mit 39 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

## **Motion aus dem Jahr 2020**

Gemäss der Motion aus dem Jahr 2020 soll eine Stellvertretung nur ab einer gewissen Dauer und aus bestimmten Gründen möglich sein. Diese Motion wurde von Mitgliedern aus allen Fraktionen des Stadtrats eingereicht. An den Gemeinderat überwiesen wurde sie mit 65 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.



Die Einführung einer Stellvertretungsregelung entspricht einem Anliegen des Berner Stadtparlaments. Im Jahr 2022 überwies der Stadtrat zwei entsprechende Motionen.  
Bild: Beat Roschi

### **Abstimmung über Änderungen von Erlassen**

Mit dieser Vorlage befinden die Stimmberechtigten der Stadt Bern über die Einführung einer Stellvertretungsregelung im Stadtrat (siehe folgendes Kapitel). Die Regelung erfordert eine Anpassung der Gemeindeordnung und eine Anpassung des städtischen Reglements über die politischen Rechte. Änderungen respektive Teilrevisionen dieser Erlasstexte müssen den Stimmberechtigten vorgelegt werden.

### **Inkrafttreten zu Beginn Amtsperiode**

Wird die Vorlage angenommen, soll die vorgeschlagene Stellvertretungsregelung auf den 1. Januar 2025 eingeführt werden. Damit würde die neue Regelung zeitgleich mit dem Beginn der neuen Amtsperiode des Stadtrats in Kraft treten.

Entwurf

# Die Stellvertretungsregelung

**Die vorgeschlagene Regelung legt fest, dass eine Stellvertretung mindestens drei und höchstens sechs Monate dauert. Es gibt keine Beschränkung der Gründe, bei welchen eine Stellvertretung erlaubt ist. Zur Bestimmung der stellvertretenden Person gilt das gleiche Verfahren wie beim Nachrücken.**

Mitglieder des Stadtrats sollen sich bei längerer Abwesenheit oder Verhinderung vertreten lassen können. Die vorgeschlagene Stellvertretungsregelung stützt sich aufgrund der breiten Unterstützung im Stadtrat grösstenteils auf die Motion aus dem Jahr 2020 (siehe «Die Ausgangslage»).

Die Eckpunkte der neuen Regelung sind folgende:

- Stellvertretung nur bei längerfristiger Verhinderung
- Dauer: mindestens drei Monate, maximal sechs Monate
- Pro Legislatur (Amtsperiode) maximal zwölf Monate
- Gleiches Verfahren wie beim Nachrücken
- Stellvertretende Personen dürfen keiner Kommission angehören.

## **Nur bei längerfristiger Verhinderung**

Die Regelung legt fest, dass sich ein Mitglied des Stadtrats bei einer längerfristigen Verhinderung vertreten lassen kann. Kurzzeitige oder tageweise Vertretungen sind nicht vorgesehen. Eine Stellvertretung muss mindestens drei und darf höchstens sechs Monate dauern. Bei einer Mindestdauer von drei Monaten kann davon ausgegangen werden, dass die stellvertretende Person in die Parlamentsarbeit eingebunden werden und sich das notwendige Wissen aneignen kann. Auch ist bei einer Mindestdauer von drei Monaten der administrative Aufwand, den eine Stellvertretung mit sich bringt, zu rechtfertigen. Pro Legislatur darf sich ein Stadratsmitglied auch mehrmals vertreten lassen, allerdings maximal während insgesamt zwölf Monaten. Diese maximale Frist soll sicherstellen, dass ein gewähltes Mitglied des Stadtrats mindestens zu drei Vierteln der Amtsperiode anwesend ist.

Die Dauer der Stellvertretung wird dem Mitglied des Stadtrats angerechnet, das sich vertreten lässt. Dies muss geregelt sein, weil im Berner Stadtparlament eine Beschränkung der Amtszeit von zwölf Jahren gilt.

## **Keine Beschränkung der Gründe**

Möchte sich ein Mitglied des Stadtrats vertreten lassen, muss es den Grund der Absenz nicht angeben. Die Regelung verzichtet darauf, die Möglichkeit einer Stellvertretung auf bestimmte Gründe – beispielsweise Mutterschaft, Krankheit oder Weiterbildung – zu beschränken. Das hat den Vorteil, dass keine Stelle benötigt wird, welche die Gründe prüft und beurteilt. Eine Überprüfung der Gründe könnte zu grossem Aufwand und heiklen Eingriffen in die Privatsphäre führen. Die Regelung ist bewusst wertfrei ausgestaltet und legt nicht fest, welche Verhinderungsgründe gerechtfertigt sind und welche nicht.

## **Regelung wie beim Nachrücken**

Die stellvertretende Person wird nach dem gleichen Verfahren wie beim Nachrücken bei einem Rücktritt eines Stadratsmitglieds bestimmt. Das heisst, es können Personen eine Stellvertretung übernehmen, welche auf der gleichen Parteiliste kandidiert, aber nicht genügend Stimmen für ein Mandat im Stadtrat erzielt haben. Dabei wird jene Person zuerst angefragt, die von den Nichtgewählten am meisten Stimmen erhalten hat. Das gewählte Stadratsmitglied kann somit nicht bestimmen, durch wen es vertreten wird. Die Nachrücken-Lösung kann auch zur Nachwuchsförderung beitragen: Im Falle eines späteren Nachrückens verfügt die Person bereits über Wissen zum Ratsbetrieb. Wenn die stellvertretende Person während einer Stellvertretung in den Stadtrat nachrückt oder aus anderen

Gründen nicht mehr zur Verfügung steht, kann eine neue Stellvertretung bestimmt werden. Wiederum gilt eine Mindestdauer von drei Monaten.

### **Kein Einsitz in Kommissionen**

Stellvertretende Personen verfügen über die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Ratsmitglieder. Sie können jedoch nicht in ein Gremium des Stadtrats Einsitz nehmen. Zu den Gremien des Stadtrats gehören die Kommissionen und das Büro des Stadtrats. Die Einarbeitung in die Aufgaben und Dossiers eines Gremiums ist mit Aufwand verbunden und rechtfertigt sich für die Dauer von maximal sechs Monaten nicht. Ausserdem besteht bereits heute die Möglichkeit, sich bei Abwesenheit in den Kommissionen durch Fraktionsmitglieder vertreten zu lassen.

### **Verzicht auf Stellvertretung**

Verzichtet eine Person, eine Stellvertretung zu übernehmen, kann diese Person auch keine allfälligen späteren Stellvertretungen übernehmen. Der Verzicht bedeutet aber nicht zugleich einen Verzicht auf ein Nachrücken im Falle eines vorzeitigen Rücktritts eines Stadtratsmitglieds. Es ist denkbar, dass eine Ersatzperson bereit ist, sich für ein längerfristiges Mandat zu engagieren, nicht jedoch für eine temporäre Stellvertretung.

### **Mutterschaftsentschädigung**

Gewählte Stadträtinnen können sich bei Mutterschaft entscheiden, ob sie eine Stellvertretung möchten oder nicht. Wenn sie auf eine Stellvertretung verzichten und während des bezahlten Mutterschaftsurlaubs an Stadtratssitzungen teilnehmen, verlieren sie allerdings den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung gemäss dem Bundesgesetz über den Erwerbssersatz. Das Bundesgesetz wird zwar künftig vorsehen, dass Mütter ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung nicht verlieren, wenn sie ihr Mandat in einem Parlament weiterführen. Diese neue Regelung im Bundesgesetz wird jedoch nicht für Parlamente gelten, die eine Stellvertretungsregelung kennen.

### **Schweizweit verschiedene Modelle**

In der Schweiz gibt es mehrere Kantone und Gemeinden, die für ihre Parlamente eine Stellvertretungsregelung kennen oder eine solche anstreben. Hierbei sind verschiedene Modelle in Kraft: Im Kanton Wallis beispielsweise werden die stellvertretenden Personen als sogenannte Suppleanten auf separaten Listen gewählt. In der Gemeinde Moutier können sich gewählte Parlamentsmitglieder für einzelne Stadtratssitzungen vertreten lassen. Die Stadt Biel plant die Einführung einer Regelung für Stellvertretungen bei längerfristigen Abwesenheiten. Auf Bundesebene – im Nationalrat und im Ständerat – gibt es keine Stellvertretungsregelung. Entsprechende Vorstösse wurden in der Vergangenheit abgelehnt.

# Die Änderungen im Wortlaut

## **Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1)**

### **Artikel 41** Zusammensetzung; Wahl; Stellvertretung

- <sup>1</sup> Der Stadtrat besteht aus 80 Mitgliedern, die nach dem Verfahren der Verhältniswahl gewählt werden.
- <sup>2</sup> (neu) Das Reglement über die politischen Rechte regelt die Stellvertretung.

### **Artikel 42** Amtsdauer

- <sup>1</sup> Alle vier Jahre findet eine Gesamterneuerungswahl des Stadtrats statt.
- <sup>2</sup> Die Mitglieder des Stadtrats können wiedergewählt werden.
- <sup>3</sup> Wer jedoch, bezogen auf das Ende des betreffenden Jahres, dem Rat ununterbrochen während zwölf Jahren oder länger angehört hat, ist für die nächstfolgende Amtsdauer nicht wählbar.
- <sup>4</sup> (neu) Die Dauer einer Stellvertretung wird dem vertretenen Mitglied angerechnet.

## **Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1)**

### **Artikel 53a (neu)** Stellvertretungen für den Stadtrat

- <sup>1</sup> Die Mitglieder des Stadtrats können sich bei längerfristiger Verhinderung vertreten lassen. Stellvertretende Ratsmitglieder können sich nicht vertreten lassen.
- <sup>2</sup> Eine Stellvertretung dauert jeweils mindestens drei und höchstens sechs Monate. Ein Stadratsmitglied darf sich pro Legislaturperiode während maximal zwölf Monaten vertreten lassen.
- <sup>3</sup> Die Bestimmung der Stellvertretung erfolgt nach den Grundsätzen über das Nachrücken gemäss Artikel 53 Absätze 1 und 5. Sind auf einer Liste keine Ersatzleute vorhanden oder ist ihre Zahl erschöpft, kommt das Nachmeldeverfahren nach Artikel 52 Absätze 1 und 2 zur Anwendung.
- <sup>4</sup> Rückt ein stellvertretendes Ratsmitglied während der Stellvertretung in den Stadtrat nach oder steht aus anderen Gründen nicht mehr als Stellvertretung zur Verfügung, kann für das vertretene Ratsmitglied unter Berücksichtigung der Mindestdauer von drei Monaten eine neue Vertretung bestimmt werden.
- <sup>5</sup> Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist definitiv. Er bedeutet nicht zugleich Verzicht auf das Nachrücken bei Ausscheiden eines Stadratsmitglieds.
- <sup>6</sup> Stellvertretende Ratsmitglieder verfügen über die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Ratsmitglieder. Sie können jedoch nicht in ein Gremium des Stadtrats Einsitz nehmen.
- <sup>7</sup> Während der Dauer der Stellvertretung ruhen die Rechte und Pflichten des vertretenen Mitglieds.

# Das sagt der Stadtrat

## Argumente aus der Stadtratsdebatte

### Für die Vorlage

+ Minores deum Asterigem colunt. Horum omnium audacissimi sunt minores, propterea quod a cultu atque humanitate conclavis.

---

+ Magistrorum longissime absunt minimeque ad eos magistri saepe commeant atque ea, quae ad erudiendos animos pertinent, important proximique sunt maioribus, qui ante portas in angulo fumatorum et sub tecto vitreo stant, quibuscum continenter bellum gerunt.

---

+ Qua de causa septani quoque reliquos minores virtute praecedunt, quod fere cotidianis proeliis cum ceteris contendunt, cum aut suis finibus eos prohibent aut ipsi in eorum finibus bellum gerunt.

---

+ Huius sunt plurima simulacra, hunc et omnium inventorem artium ferunt, hunc Latinitatis ducem. Post hunc Obeligem et Miraculigem. Horum in verba iurant atque dictis eorum libentissime utuntur, velut delirant isti Romani vel non cogito, ergo in schola sum.

---

+ Leibnitii Schola est omnis divisa in partes tres, quarum unam incolunt maiores, tertiam qui lingua magistri docti, ceterorum vexatore.

---

### Gegen die Vorlage

- Zept hunc Obeligem et Miraculigem. Horum in verba iurant atque dictis eorum libentissime utuntur, velu da Romani vel non cogito, ergo in schola sum. Leibnitii Schola sunt est partes tres.

---

- Vera de causa septani quoque reliquos minores virtute praecedunt, quod fere cotidianis proeliis cum ceteris contendunt, cum aut suis finibus eos prohibent aut ipsi in eorum finibus bellum gerunt. Huius simullacra, hunc et omnium inventorem artium ferunt, hunc Latinitatis ducem. Post hunc Obeligem et Miraculigem. Horum in ver iurant aqae dictis libentissime utuntur, velut delirant isti.

---

- Leibnitii Schola est omnis divisa in partes tres, quarum unam incolunt maiores, tertiam qui lingua magistri docti, ceterorum vexatore.

---



### Abstimmungsergebnis im Stadtrat

Ja	00	
Nein	00	
Enthaltungen	00	

Das vollständige Protokoll der Stadtratssitzung vom XX. XX. XXXX ist einsehbar unter [www.bern.ch/stadtrat/sitzungen](http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen).

# Antrag und Abstimmungsfrage

## Antrag des Stadtrats vom ...

1. xxx
2. xxx

Die Stadtratspräsidentin:  
Valentina Achermann

Die Ratssekretärin:  
Nadja Bischoff

## Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Vorlage «Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Änderungen der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte» annehmen?

Entwurf

Haben Sie Fragen zur Vorlage?  
Auskunft erteilt die

Stadtkanzlei  
Junkerngasse 47  
Erlacherhof  
3000 Bern 8

Telefon: 031 321 62 10  
E-Mail: stadtkanzlei@bern.ch

## Rechtsmittelbelehrung

Gegen den Inhalt der vorliegenden Abstimmungsbotschaft kann innert 10 Tagen ab der Zustellung Beschwerde erhoben werden. Gegen die Abstimmung kann innert 30 Tagen nach der Abstimmung Beschwerde eingereicht werden. Eine Beschwerde muss einen Antrag, die Angabe von Tatsachen und Beweismitteln, eine Begründung sowie eine Unterschrift enthalten und im Doppel eingereicht werden.

Beschwerden sind zu richten an: Regierungstatthalteramt Bern-Mittelland, Poststrasse 25, 3071 Ostermundigen.

Entwurf